

# 100 Millionen gingen bachab

**Aarau** Die Stadt hat wegen der Alpiq-Beteiligung der IBAarau auf dem Papier gigantisch viel Geld verloren

VON URS HELBLING

Die riesigen Umwälzungen im Geschäft mit dem Strom und die damit verbundene Entwertung der Wasserkraft gehen für die Stadt Aarau ins Geld. Stark vereinfacht kann man sagen: Seit 2009 hat sie mindestens 100 Millionen Franken - das fünffache ihres Beitrages an das geplante Fussball-Stadion - verloren. Natürlich nur auf dem Papier. Aber dort, auf dem Papier, ist das Geld weg. Und die Aussichten, es in absehbarer Zeit zurückzuerhalten, sind schlecht. Denn die Prognosen für die Alpiq-Aktien sind düster: Ein Kursfeuerwerk gilt als eher unwahrscheinlich.

## Auch ein Dividenden-Problem

Das Alpiq-Problem der Stadt Aarau ist kaum bekannt, weil es praktisch nur in Fussnoten erscheint. Etwa als Eventualguthaben im Anhang der städtischen Bilanz. Oder auf Seite 37 des aktuellen Geschäftsberichts der IBAarau AG. Dort steht: «Auf rund 96 Prozent der Alpiq-Aktien hat sich die IBAarau verpflichtet, die Hälfte eines realisierten Buchgewinnes der Einwohnergemeinde Aarau abzutreten.» Oder im städtischen Budget: Der Stadtrat befürchtet, dass die IBAarau der Stadt nächstes Jahr 1,7 Millionen Franken weniger Dividenden überweisen kann - unter anderem, weil die IBAarau von der Alpiq seit diesem Jahr keine Dividende mehr erhält.

## Elf Milliarden in Luft aufgelöst

Die Ausgangslage: Die IBAarau ist mit zwei Prozent am Aktienkapital der Alpiq beteiligt. Die Alpiq entstand Anfang 2009 aus der Fusion der Atel (Olten) und der Westschweizer EOS. Am ersten Handelstag (2. Februar 2009) kostete eine Alpiq-Aktie Fr. 485.25. Ein Wert, der danach nie mehr erreicht wurde. Gestern lag der Kurs bei 90 Franken.

Wie dramatisch die Entwicklung ist, zeigt ein anderer Vergleich: Anfang 2009 hatte die Alpiq einen Wert von 13,5 Milliarden Franken. Gestern waren es nur noch 2,5 Milliarden Franken.

Was bedeutet das für die Stadt? Sie ist zu fast 100 Prozent Besitzerin der



«Überhaupt keine Entspannung in Sicht» – Alpiq-Chefin Jasmin Staiblin kämpft mit dem ins Bodenlose gefallenem Strompreis.

BRUNO KISSLING

IBAarau (2011 hatte sich diese mit einigen wenigen Prozent dem Publikum geöffnet). Die IBAarau wiederum nennt rund 550 000 Alpiq-Aktien ihr Eigen.

Die «Aarau» Alpiq-Aktien hatten Anfang 2009 einen Wert von etwa 260 Millionen Franken. Gestern waren es noch knapp 50 Millionen Franken. Also haben sich etwa 210 Millionen Franken - immer auf dem Papier - in Luft aufgelöst.

## Gestern nur noch 10 Mio. Fr.

Die IBAarau hat die Alpiq-Aktien zu Anschaffungswerten (um 30 Mio. Franken) in den Büchern.

Nehmen wir an, sie hätte ihre Beteiligung im allerbesten Moment verkauft, hätte sie etwa 260 Millionen Franken bekommen. Und die Einwohnergemeinde Aarau hätte (gemäss der heutigen 96-Prozent-Regel) gut 100 von diesen 260 Millionen Franken kassiert (indirekt hätte die Stadt als IBAarau-Hauptaktionärin auch von den anderen 100 Millionen profitiert).

Hätte die IBAarau die Beteiligung gestern abgestossen, wären für die Einwohnergemeinde nur rund 10 Millionen Franken abgefallen - also zehn Mal weniger.

Ebner hofft auch eine Erholung des Schweizer Stromriesen. Er hat Alpiq-Papiere.

## Ebner hat auch dieses Problem

Was können die Stadt und die IBAarau jetzt tun? Am besten wohl darauf spekulieren, dass sich der Aktienkurs der Alpiq wieder etwas erholt. Sie wären dabei in guter Gesellschaft: Auch der umstrittene Grossinvestor Martin

Jasmin Staiblin betonte am Freitag, auf dem Strommarkt sei «überhaupt keine Entspannung in Sicht». Alpiq hat das Problem, dass sie die Kosten ihrer zu teuren Produktion nur schlecht überwälzen kann. Sie hat, anders als beispielsweise die BKW oder die IBAarau, keine Endkunden.

Dafür ist sie hoch verschuldet. Daran ändert das vergleichsweise gute erste Halbjahr 2016 wenig. «Von einer finanziellen Genesung Alpiqs zu sprechen, wäre verfrüht», schrieb die «NZZ». Bis spätestens im März 2017 will die Alpiq 49 Prozent ihrer inländischen Wasserkraft (Stauseen) an Investoren verkaufen. Mindestens bis das gelungen ist, bleiben die Aussichten für die Aktionäre düster.

# «Ich bedaure den Entscheid»

**Rheinfelden** Hans Marthaler, Rektor des Berufsbildungszentrums Fricktal, äussert sich zur Zukunft «seiner» Schule.

VON MARC FISCHER

Der Grosse Rat hat am Dienstag beschlossen, nicht auf das vom Regierungsrat vorgeschlagene Standort- und Raumkonzept für die Berufs- und Mittelschulen einzutreten. Damit bleibt es vorläufig beim Status Quo in Sachen Berufsschulstandorte und Berufszuteilungen. Hans Marthaler, Rektor des Berufsbildungszentrums Fricktal (BZF) in Rheinfelden gehörte zu den Unterstützern des regierungsrätlichen Kompromiss-Vorschlags. Nun äussert er sich zum Nicht-Entscheid des Grossen Rats.

**Das BZF wäre mit der regierungsrätlichen Vorlage gestärkt worden. War der Dienstag für Sie also ein Trauertag?**

**Hans Marthaler:** Klar ist: Ich bedaure den Entscheid. Aus unserer Sicht war der regierungsrätliche Vorschlag gut. Auf eine Art sind wir aber auch froh, dass wir eine Verschnaufpause erhalten. Obwohl uns klar ist, dass die notwendige Reorganisation der Aargauischen Berufsfachschulen damit nicht abgeschlossen ist.

**Bildungsdirektor Alex Hürzeler sprach von einem «Ausbluten auf Raten» für die kleinen Standorte. Ist damit auch das BZF gemeint?**

ENGERFELD-AUSBAU

## Stadtrat analysiert

Auch auf die knapp 30 Millionen Franken teure Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Engerfeld hat der Entscheid des Grossen Rats Einfluss. Welchen genau, wird der Stadtrat in den nächsten Wochen analysieren. «Von Anfang an war klar, dass ein Verlust der Berufsschule zu einem Projektstopp geführt hätte», sagt Stadtschreiber Roger Erdin auf Anfrage. Die für die Oberstufe zusätzlich benötigten Schulräume hätten dann im BZF untergebracht werden können. Nachdem das BZF nun bestehen bleibe, brauche es im Engerfeld zusätzlichen Schulraum. Der Grossteil des Raumbedarfs komme allerdings von der Oberstufe der Kreisschule Unteres Fricktal.

**«Ich gehe davon aus, dass das BZF erhalten bleibt. Und wir werden sicher auch dafür kämpfen.»**



BZF-Rektor Hans Marthaler weiss, dass die Diskussion um die Berufsschulstandorte nach den Wahlen wohl weiter geht.

TWE/ARCHIV

Ja, wir sind sicher betroffen. In Rheinfelden haben wir relativ viele Berufe und relativ wenig Lernende. Aufgrund dieser Struktur sind wir zu vergleichsweise kleinen Abteilungsgrössen gezwungen. Grosse Schulen haben da entscheidende Vorteile. Deshalb wäre der regierungsrätliche

Vorschlag zur regionalen Bildung von Kompetenzzentren für den ganzen Kanton und für unsere Lernenden von Vorteil gewesen.

**Wie geht es denn nach diesem Nicht-Entscheid nun weiter?**

Die Diskussion um das Standort- und Raumkonzept wird nach den Grossratswahlen wohl fortgesetzt. Der Spardruck in der Bildung wird steigen.

## Ist das BZF damit wieder in Gefahr?

Ich gehe davon aus, dass das BZF erhalten bleibt. Und wir werden sicher auch dafür kämpfen. Ich könnte mir vorstellen, dass die ursprüngliche Variante Beta, bei der das BZF KV-Standort geblieben wäre, ein guter Kompromiss wäre. Er nimmt den grossen Schulen nicht viel weg und stärkt die kleinen. Und er ist regionalpolitisch ausgewogen und spart jährlich gut sechs Millionen Franken.

## Bedeutet diese Ausgangslage, dass es künftig vermehrt zu Kämpfen unter den Berufsschulen kommt, weil jeder Rektor seinen Standort sichern will?

Grundsätzlich herrschen unter den Schulen ein gutes Einvernehmen und eine gute Zusammenarbeit. Dennoch ist es nicht auszuschliessen, dass dieser Effekt auftritt. Ich würde dies allerdings sehr bedauern.

## Können und werden Sie unter diesen Voraussetzungen langfristige Planungen angehen?

Selbstverständlich. Wir führen derzeit etwa das Konzept «Bring your own device» ein. Die Lernenden werden damit motiviert, vermehrt elektronische Endgeräte wie Tablets, Notebooks oder Smartphones für den Lernprozess einzusetzen. Dies ist für Lehrpersonen und für unsere IT-Infrastruktur eine grosse Herausforderung. Wir sind überzeugt, dass Lernen der Zukunft in diese Richtung gehen wird.